

express

EXTRA-BLATT

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 1. Mai 1979



Mailed

Am Ersten Mai
Gehen Vater und Mutter in einer Reih
Kämpfen für ein besseres Leben.
Fron und Armut darfs nicht geben:
Da sind wir auch dabei.

Grün sind die Zweige
Die Fahne ist rot.
Nur der Feige
duldet Not.

's ist Monat Mai.
Im Acker die Hälmlchen stehen Reih an Reih.
Das wird reiche Ernte geben.
Laßt uns kämpfen, laßt uns streben.
Daß es die unsere sei.

Grün sind die Fluren.
Die Fahne ist rot.
Unser die Arbeit.
Unser das Brot.

Bertolt Brecht

Aus Erfahrungen lernen – Neue Wege finden

Gewerkschaftliche Kampfkraft stärken

Zum 1. Mai wird eine neue Vision verkündet: In einem Europa des sozialen Fortschritts soll es Arbeit für alle geben. Spitzenfunktionär der Gewerkschaften kündigen bei den Europa-Wahlen, die wenig Wochen später stattfinden. Der 1. Mai wird in diesem Jahr offenbar in den Dienst des Wahlkampfes für diese Europa-Wahlen gestellt. So ist es wenigstens zu erwarten, wenn man die diesjährige Mai-Parole des DGB ernst nimmt – und sich darüber ärgert.

Dabei wäre es höchste Zeit, über den Zustand, in dem sich unsere Gewerkschaften befinden, nachzudenken. Nicht nur hinter verschlossenen Türen, versteht sich. Wir haben ein Jahr harter Kämpfe hinter uns und dabei nicht nur die Stärke und Geschlossenheit Tausender von streikenden Arbeitern erlebt, wir haben auch unsere eigene Schwäche erfahren – die Schwäche der Gewerkschaften in der BRD in entscheidenden Auseinandersetzungen mit dem Kapital. Diese Schwäche zwang uns über die Erfahrungen, die hinter uns liegen, öffentlich zu diskutieren – um auf die Visionen, die angeblich vor uns liegen sollen, nicht herenzustallen.

Über Schwächen diskutieren – um unsere Stärke wiederzufinden!

Die Gewerkschaften sind in den letzten Streiks und Tarifauseinandersetzungen angereicherter, die Arbeitsplätze und die materielle Existenz der Lohnabhängigen zu verteidigen. Nicht die Erhöhung der Löhne und Gehälter stand im Vordergrund dieser Auseinandersetzungen. Es ging darum, mit der Waffe des Tarifvertrags die Rationalisierungsstrategie der Unternehmer zu durchkreuzen. Arbeitsplätze zu erhalten, durch den Kampf um Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Lohnabhängigen zu erhalten, damit die Arbeits- und Lebenssituation der Lohnabhängigen sich nicht noch mehr verschlechtert.

Die Kämpfe in der Druckindustrie, in der Metallindustrie und in der Stahlindustrie wurden aus der Distanz heraus geführt. Ohnmächtig standen wir den Millionen Kollegen und Kolleginnen gegenüber, die ihren Arbeitsplatz verteidigen hatten. Mit den immer neuen Versprechungen und Hoffnungen sollten wir darüber hinwegge-

htig vor Augen hatten und zum gewerkschaftlichen Widerstand bereit waren und denjenigen, die die Fäden der Tarifpolitik in den Händen hielten, ist aufgebrochen. Sie ist unüberbrückbar, wenn aus dem Stahlarbeiterstreik keine Konsequenzen gezogen werden.

In der IG Chemie soll es offenbar zu einer solchen Klüft gar nicht erst kommen. Prinzipien der innergewerkschaftlichen Demokratie werden uns Gegenteil verkündet, um den Einfluß der Mitglieder auf die Politik der Organisation in kontrollierter Bahn lenken zu können. Wenn es noch eines Beweises bedürftig hätte, daß sich die gewerkschaftliche Organisationsstruktur in einer Krise befindet, die Vorstandsmehrheit der IG Chemie hat diesen Beweis jetzt geliefert. Ein Riß geht auch durch die IG erkrankt, bei weitem nicht so weit nach vorne gewagt hat wie die IG Druck und Papier und die IG Metall.

Wie kam dieser Zustand der Schwäche überstanden werden? Auf diese Frage, die sich fast resignativ inzwischen viele Gewerkschaftler stellen, gibt es keine schnelle Antwort. Das ideologische Dach, das Traditionen gewerkschaftlicher Arbeit und programmatische Illusionen zusammengehalten hat, ist zusammengebrochen. Kein Zählriß es, daß die Arbeit an einem Grundratsprogramm sich seit Jahren hin-schleppt und im Juni von DGB-Bundes-ausschuß ein neues Aktionsprogramm beschlossen werden soll, das bisher kaum die Funktionen und erst recht nicht die Mitglieder können. Über die Ursachen dieser Krise der Gewerkschaften muß offenkundig werden, um wieder die Stärke zu gewinnen, die wir für den Kampf gegen das Kapital brauchen.

Ausgangspunkt muß Jugendarbeitslosigkeit

200.000 Arbeitslose unter 20 bzw. mindestens 140.000 Arbeitslose bis 25 Jahre und keine realen Chancen auf eine qualifizierte Berufsausbildung für weitere Hunderttausende der Jungen wird inzwischen – ähnlich wie Invaliden und Alter – zum Risikofaktor. Die jugendlichen Arbeitslosen werden auf eine "Perspektive" in bildungs-, arbeitsmarktpolitischen und sozialpädagogischen Maßnahmen abgeschoben. – Diese Kritik formulieren 200 Unterzeichner aus Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Wissenschaft und Politik in einem "Manifest zur Ausbildungs- und Berufsonne der Jugend", das sie am 5.4.1979 der Öffentlichkeit übergeben haben. Auszüge aus dem Manifest:

Der DGB und die Einzelgewerkschaften sind und stehen beim Problem Jugendarbeitslosigkeit vor einem doppelten Dilemma:

- Gewerkschaftsfunktionäre verstehen sich in erster Linie als Interessensvertreter der arbeitenden Kollegen – Arbeitslosigkeit als subjektives Problem ist aber außerhalb der Betreibe angesiedelt.
- Die Strategie im Jugendbereich war überwiegend – vor allem im DGB – ge-

Stahlarbeiterstreik

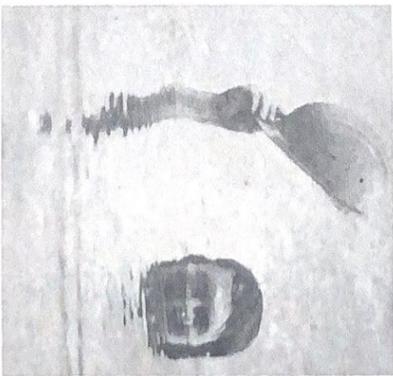
35-Stunden-Woche vertagt

In dem sechswöchigen Streik der Stahlarbeiter ging es um die Einführung der 35-Stunden-Woche. Der Streik zeigte ein doppeltes Gesicht: Zum einen eine kämpfbereite Arbeiterschaft, die viel Selbstlosigkeit, Organisationsfähigkeit und Fanatismus entwickelte und den Streik aktiv vorantreibt. Zum anderen einen starken Gegner: die Stahlindustriellen machen keine Zugeständnisse in der Frage der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Die IG Metall, ohnehin kompromißbereit und von der Regierung unter Druck gesetzt, mußte eine bittere Pille schlucken. Statt der Einführung oder zumindest des Einstriggs in die 35-Stunden-Woche kam es zu einer Urlaubssverlängerung. Ab 1980 erhalten die über 30jährigen Stahlarbeiter einen Urlaub von 6 Wochen; im Gegenzug verzichtete die IG Metall bis Ende 1983 auf ihre Forderung nach einer wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung.

In und mit der IG Metall für die 35-Stunden-Woche kämpfen!

Diese Regelung ist nun beileibe kein akzeptabler Tauschhandel, sondern eine Niederlage der IG Metall. Die 35-Stunden-Woche, ja sogar eine 39-Stunden-Woche, ist eine weit größere Arbeitszeitverkürzung, als die jetzt verhandelte Urlaubssverlängerung. Die streikenden Stahlarbeiter haben bis zum Schluß an der Forderung nach der 35-Stunden-Woche fest; dies aus zwei Gründen: Zum einen wäre die tägliche Ar-



Nach dem Streik: Kein Land in Sicht?

betriebsberatung durch Lärm, Staub, Dämpfe, Gase und Hitze geringer geworden. Zum anderen läuft die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die Einführung einer 5. Schicht hinaus. Das hätte Arbeitsplätze geschaffen, die dringend für die Kollegen gebraucht werden, die in Folge der Stahlkrise und der Rationalisierungswelle von Entlassungen bedroht sind. Bis Mitte der 80er Jahre wird etwa jeder dritte Stahlarbeiter seinen Arbeitsplatz verlieren. Ein Teil von ihnen wäre in der 5. Schicht untergekommen. Das läuft jetzt nicht mehr, da die IG Metall ihr Streikziel verfehlt hat. Der Stahlarbeiter, die 44 Tage bei Schnee und Kälte streikten, fühlen sich um ihren Erfolg gebracht. Aber sie wollen in und mit der IG Metall gegen das Stahlkapital weiterkämpfen.

der Kampf im Betrieb sein

sation über die Wirksamkeit der bisherigen Aktivitäten – z.B. "Stop Jugendarbeitslosigkeit" – gab es nun hundertfache Aktivitäten, die vor allem in Großbetrieben die Übernahme aller ausgebildeten Jugendlichen zum Ziel hatten. Auf regionaler Ebene wurden Arbeitsmarktanalysen zur Kenntnis offizieller Statistiken vorgelegt. Immerhin existieren inzwischen einige Aktivisten und Organisationsgruppen, die es abzusichern und auszubauen gilt:

- So koordinieren "Arbeitskreise Schule und Gewerkschaft" die Aktionen von Einzelgewerkschaften, politische Forderungen werden zwischen Lehren und Betreibern diskutiert. In "Arbeitsstellen von Betreibern in Bildungswesen" (Bib) belassen sich gewerkschaftlich organisierte Betreiber und Sozialarbeiter mit Fragen alternativer Betrauung.
- Im Rahmen der AG "Arbeit und Leben"

werden Modellprojekte zu einer Auswertung gewerkschaftliche orientierter Jugendarbeitsplätze, auf dem Stadtteil/Wohnbereich durchgeführt.

- In einzelnen Fällen ist es gelungen und ihren Vertretungen gelangen, mit ihren Aktionen zur Übernahme aller Lehrlinge zu zeigen, daß die Weiterbeschäftigung von Auszubildenden für sie Bestandteil grundlegender gewerkschaftlicher Ziele ist.

Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ist nur denkbar als Kampf um den Erhalt und den Ausbau menschenwürdiger Arbeitsplätze, für die es sich lohnt, ausgetrieben zu werden. Dieser Kampf muß im Bereich seiner Ausgangspunkte nehmen, weil dort Qualifikationsveränderungen und Verknüpfung von Arbeitsplätzen stattfinden. Ausbildungsplätze sollen dort erhalten und ausgebaut werden, wo eine qualifizierte Ausbildung möglich ist. Diese muß verbunden sein mit der Forderung nach Weiterbeschäftigung aller Lehrlinge über betriebsinterne bzw. tarifliche Absicherung.

Gleichzeitig ist die Verfügungsgewalt der Unternehmensorganisationen über Ausbildungsplätze einzuschränken, um das Auszubildungsgeschehen vom gesellschaftlichen und nicht vom unternehmerischen Bedarf her planen zu können. Dazu gehört auch, daß bei unzureichendem Angebot der Unternehmen das Ausbildungsplatz-Angebot durch öffentliche Einrichtungen komplementiert bzw. erweitert wird.

Das Manifest ist eine Kurzfassung kennen als Sonderdruck des pad extra-Verlages zum Selbstkostenpreis + Porto bezogen werden.

Beschriftung: Tili Stubenrauch, Rheinstetten, 19.6000 Frankfurt/M. 1

express

Zeitung für gewerkschaftliche
Gedanken- und
Gewerkschaftsarbeit

„express“ ist die erste unabhängige Gewerkschaftszeitung in der BRD.

„express“ bringt kritische Beiträge zur aktuellen Gewerkschaftspolitik, die man nicht in der offiziellen Gewerkschafts- presse findet.

„express“ berichtet ausführlich über Streiks, Betriebskämpfe und politische Aktionen der Lohnabhängigen im In- und Ausland.

„express“ veröffentlicht Analysen zur sozialen Lage und zum Bewußtsein der arbeitenden Klasse.

„express“ diskutiert Alternativen zur gewerkschaftlichen Strategie und Politik.

Der Jahresabonnementspreis beträgt für 1979 DM 14,- zuzüglich DM 6,- Versandkosten. In dem Abonnementspreis sind die 12 Monatsausgaben und die nach aktuellen Notwendigkeiten erscheinenden Sonderausgaben enthalten.

Probeexemplar und Bestellungen:
Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4,
Postfach 591

Rationalisierung und Gegenwehr

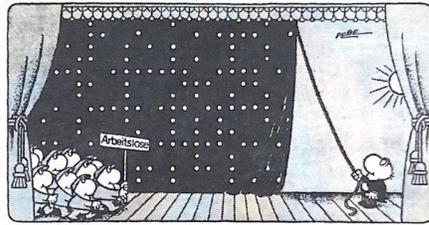
Die Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmer, die die Arbeitsbetriebe steigern und Tausende von Arbeitsplätzen vernichten, sind nicht neu. Neu ist allerdings der Umfang und die Massivität, mit der 'arbeitsparende' Produktionstechniken und neue Formen der Arbeitsorganisationen eingesetzt werden. Sie bedrohen auch die Arbeitergruppen, die bislang von Rationalisierungsmaßnahmen noch relativ verschont geblieben waren.

So sind in der Druckindustrie ganze Berufsgruppen von der Vernichtung bedroht. In der Stahlindustrie wird nach Aussagen E. Loderers bis 1985 jeder dritte Stahlarbeiter seinen Arbeitsplatz verlieren. Dieser Aussage liegt eine einfache Rechnung zugrunde: bis 1985 wird die Arbeitsproduktivität jährlich um 4-5% steigen; die Produktionsmenge wird sich nicht entsprechend erhöhen. Das bedeutet, daß 1985 45 Millionen Tonnen mit 2/3 des heutigen Arbeitsvolumens produziert werden können. Verhindert werden können diese Entwicklungen nur durch drastische Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit. Sofern man noch einen Arbeitsplatz hat, ist der noch längst nicht sicher vor 'arbeitsparenden' Verfahren, die oft mit einer Intensivierung der Arbeit oder finanziellen Verlusten durch Abgruppierungen verbunden sind. Ein Mittel, diese rationalisierenden Effekte durchzusetzen, besteht in dem Einsatz verschiedener Arbeits- und Leistungsbewertungsverfahren, verbreitet darunter ist die analytische Arbeitsbewertung. Wurde sie

unter prosperierenden ökonomischen Bedingungen von den Unternehmensleitungen noch recht großzügig angewandt, so wird ihr Effekt, die Lohnkosten durch Verminderung der Arbeitsanforderungen zu senken, unter Krisenbedingungen besonders deutlich. Durch Senkung der Arbeitswerte bei der Einführung von neuen Technologien und damit verbundenen arbeitsorganisatorischen Maßnahmen kann die analytische Arbeitsbewertung immer umfangreichere Dequalifikationen und Abgruppierungen zur Folge haben. Betroffen von diesen Maßnahmen waren in der metallverarbeitenden Industrie zuerst die Arbeiter in der Elektroindustrie. Dort haben Produktionsumstellungen von mechanischen auf elektronische Bauteile in der Großserienproduktion zum Beschäftigtenabbau und Abgruppierungen geführt. Ähnliche Tendenzen zeigen sich im Maschinenbau durch den Einsatz von NC-Maschinen und - wenn auch nicht so stark - in der Automobilindustrie. Die Streiks 1978 der Drucker, Metalller und Stahlarbeiter waren von

diesen Krisenerfahrungen geprägt. Dem harten Widerstand der Unternehmer gegen einen Eingriff in ihre Produktionsplanung stand eine halbherzige Streikführung der Gewerkschaftsführungen gegenüber. Die IG Metall forderte einen 'Einstieg' in die 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie, erreicht wurde mehr Urlaub und zusätzliche Freischichten für Nachtarbeiter. Die Metalller forderten einen Schutz gegen Abgruppierungen, der sowohl eine individuelle als auch kollektive Absicherung enthalten sollte. Die kollektive Absiche-

rung ist deshalb so wichtig, weil die Festsetzung eines betrieblichen Lohndurchschnitts für die Unternehmen die Möglichkeit, Abgruppierungen über den Weg der Entlassungen zu erreichen, einschränkt. Erreicht wurde eine begrenzte individuelle Absicherung, die sogenannte 'weiche Ländung'. Die Streiks endeten zwar nicht mit Erfolgen. Doch wurde es deutlich: Faule Kompromisse in Rationalisierungsfragen kommen heute bei den Kollegen schlechter an als wenn es um den Lohn geht.



Der Computerhimmel wird aufgezo-gen. Ein Heer von Arbeitslosen ist im Anzug.

1. Mai 1979

DGB macht müde Wähler munter

"Europa ist volljährig geworden" - mit solchen und ähnlichen Parolen, in aufwendigen Reklamefeldzügen (die wir alle bezahlen müssen, versteht sich), soll der breiten Bevölkerung der "europäische Gedanke" nahegebracht werden. Nötig hat er's ja auch. Die Segnungen der Europäischen Gemeinschaft sind selbst in der Bundesrepublik vielen verborgen geblieben.

Daß Konzentration des Kapitals und ein Agrarmarkt gedeihen, der Erzeuger wie Verbraucher gleichermaßen beutelt, das weiß jeder. Wesentlich weniger bekannt ist dagegen, daß das Europa der Monopole uns allen auch den sozialen Fortschritt bringt.

| | |
|------------------|----|
| Europawahl | ja |
| SPD | ja |
| Nauenschild nein | |

"Verständlich, aber zu kurz gedacht"
Auffleuber zum Europawahlkampf

Politiker und Demoskopien befürchten denn auch eine Wahlclappe, eine so geringe Wahlbeteiligung, daß dann auch in den Medien nicht mehr zu versuchen wäre: An diesem Parlament in Straßburg hat niemand ein Interesse, außer den politischen Parteien.

Die allerdings blasen sich zum Wahlkampf so auf, als ginge es um Alles oder Nichts. CDU/CSU wollen das Europa der Volkfront verhindern - obwohl in einem kompetenzlosen Parlament eine Volkfront, wenn sie überhaupt jemand will, noch weniger zustandekommt als in Italien oder Frankreich. Die SPD will in Straßburg ein Europa der Arbeitnehmer durchsetzen - auf ihr Banner hat sie die gesetzliche 35-Stunden-Woche und das Verbot der Aus-

sperrung geschrieben. Dieselben Sozialdemokraten haben sich bisher im Bundestag nicht die Mühe gegeben, die sie jetzt auf der europäischen Bühne zeigen. Insbesondere die Anstrengungen der Sozialdemokratie, müde Wähler munter zu machen, werden vom DGB kräftig unterstützt. Vetter, Loderer und Hauenschild kandidieren für die SPD auf sicheren Plätzen. Es mag wohl Spötter in den eigenen Reihen geben, die solches gar nicht so übel fänden. Ab und zu mal eine Woche in Straßburg, auf der Parlamentarier-Bank und bei Besprechungen "am Rande". Edelzucker und Quiche Lorraine - dann würde in der heimischen Gewerkschaftszentrale weniger Unheil angerichtet. Aber mit

Das wirkliche Geschehen ins Rampenlicht stellen!

dieser lockeren Sicht der Dinge kommt man an der Tatsache nicht vorbei: Mit seiner Mai-Parole und der Kandidatur von drei Gewerkschaftsvorsitzenden betreibt der DGB massive Reklame für die SPD. Die europäische Bühne wird ins Rampenlicht gestellt. Das wirkliche Geschehen findet woanders statt.

Mitglieder als Statisten

Im Juni 1979 soll der Bundesausschuß des DGB ein neues Aktionsprogramm verabschieden. Die Mitglieder brauchen darüber anscheinend nichts Genaueres zu wissen, auf ihre Diskussionen und Meinungen legt man "weiter oben" auch keinen großen Wert. Der Entwurf des Aktionsprogramms ist vielen Mitgliedern nur über eine ungewollte Veröffentlichung in der Frankfurter Rundschau bekannt geworden. Allen die Landesbezirksvorsitzende des DGB und die geschäftsführenden Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften sollen in den nächsten Wochen über den vorgelegten Entwurf eines neuen Aktionsprogramms beraten. Der neue Entwurf enthält wie der alte lediglich Ziele im Stile von "ist zu verwirklichen ... muß hergestellt werden ... ist zu schaffen" usw. Es wäre zu fragen gewesen, ob nicht in einem Aktionsprogramm auch Aussagen über die Realisierung von Zielen enthalten sein müssen. Aber das setzte wohl eine Selbstkritik und Offenheit voraus, zu der die Gewerkschaften in der Bundesrepublik noch nicht in der Lage sind. Abgesehen davon ist die Statistenrolle bezeichnend, die die Mitglieder wieder einmal spielen sollen.

1977 noch hatte Vetter gesagt, der Entwurf für das Grundsatzprogramm müsse "in den Gewerkschaften bis unten, bis in die letzten Einheiten zur Diskussion" gestellt werden. Mit dem Aktionsprogramm nun, das den Mitgliedern völlig unbekannt ist und auch ohne sie verabschiedet werden soll, will man "einen Pfahl" setzen für die Meinungsbildung zum Grundsatzprogramm.

Nur eine aktive Mitgliedschaft stellt Solidarität und Kampfkraft her!

Das heißt doch im Klartext: In den wesentlichen Punkte ist das Grundsatzprogramm jetzt bereits festgelegt - ohne Diskussion "an der Basis". Soll dann die gewünschte breite Diskussion nur noch eine Schau sein? Offensichtlich. Nur wird damit der Wert solcher Programme auch entsprechend gering sein.

Tarifpolitik

Die IG Metall hat in der Stahlindustrie gekämpft und verloren. Dies, obwohl die Streikfront in den Betrieben bis zum Schluß stand. Nach dem Stahlabschluß verzichtete sie auf eine weitere Kraftprobe. Die Tarifrunde in der metallverarbeitenden Industrie verlief ohne irgendeine Mobilisierung in den Betrieben.

Es kam - wen wundert's - zu einem schlechteren Abschluß als in der Stahlindustrie. Auch in anderen Bereichen verliefen die Tarifrunden sang- und klanglos. Die Abschlüsse waren dementsprechend nochmals schlechter: OTV, Bahn- und Postgewerkschaft, die IG Bau und die IG Chemie mußten Abschlüsse als Preis für gewerkschaftliche Passivität annehmen.

Passivität kostet was

Zwar ist es mit der Kampfkraft dieser Gewerkschaften nicht zum besten bestellt, denn ihr sozialpartnerschaftlicher Kurs und ihre - wie es der IG Chemie-Vorsitzende ausdrückte - "Kooperation" mit dem "Tarifpartner" hat bei den Mitgliedern aus Ohnmacht gegenüber der Politik der eigenen Organisation zu Desinteresse geführt. Aber andererseits haben die Erfahrungen aus den 78er Streiks in den Seehäfen, in der Druck-, Metall- und Stahlindustrie auch gezeigt, daß die Arbeiterschaft um ihre Lohn- und Arbeitsplatzinteressen kämpfen kann.

Für so manche Kollegen aus den gewerkschaftlichen Führungsspitzen ist der Hinweis auf eine desinteressiertere Mitgliedschaft nur Ausrede für die eigene Passivität und für die Anpassung der Gewerkschaftspolitik an den Kurs der Regierung und an die kapitalistischen Produktions- und Profitbedingungen. Zuweilen hat man den Eindruck, als hockten die Gewerkschaften wie das Kaninchen vor der Schlange. Da muß Leben rein und das können nur die Mitglieder bringen. Erst eine diskutierende Mitgliedschaft stellt Solidarität und Kampfkraft her, nicht aber eine zum Schweigen erregene. Die Probleme, vor denen die Gewerkschaften heute stehen, sind angesichts der Macht der Unternehmer nicht leicht zu lösen. Deshalb müssen die Kenntnisse und die Tatkraft der Mitglieder, der Vertrauensleute und der Betriebsräte genutzt werden, damit wirtschaftliche Krise, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit nicht noch mehr auf den Rücken der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt werden.

Neue Demokratie

Seit Donnerstag, dem 5. April 1979, gibt es in den Gewerkschaften zwei Arten von Demokratie. Die alte und von einer Mehrheit im Vorstand der IG Chemie wohl als überholt angesehene Form der Demokratie, nach der die Entscheidungsorgane der Organisation von unten nach oben gewählt werden. Und dann gibt es jetzt eine IG Chemie-Demokratie, nach der "im Ausnahmefall" die Gewählten ihre Wähler auch berufen können. Der Ausnahmefall, das ist das dicke Problem der Arbeit gewerkschaftlicher Vertrauensleute in der Großchemie. Das ist kein Fliegenschiff, sondern seit langen Jahren eine bedenkliche Praxis, die die Gewerkschaftsarbeit in diesen Betrieben erschwert und die Organisation lähmt.

In vielen Betrieben der Großchemie gibt es betriebliche Vertrauensleute, die für die Unternehmer ein "Frühwarnsystem" zur Bereinigung von innerbetrieblichen Konflikten sind. Diese Vertrauensleute haben nichts gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. In der IG Chemie war es üblich, die betrieblichen Vertrauensleute, die auch Gewerkschaftsmitglieder sind, zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zu berufen. Die innergewerkschaftliche Demokratie wurde so auf den Kopf gestellt. Nun wurde durch eine Satzungsänderung legalisiert, was seit langen Jahren geduldet und von Betriebsräten in der Großchemie gern gesehene Praxis war. Ein Vorgang, der kaum Aufsehen erregt hätte, wenn das Demokratieverständnis des Hauptvorstandes der IG Chemie nicht durch die skandalöse Kündigung des Geschäftsführers der IG Chemie in Hannover-Patschkowski einen Sturm der Empörung und Entrüstung ausgelöst hätte.



Ferdinand Patschkowski hat einigen Kollegen in der Organisation schriftlich seine Bedenken zu geplanten Satzungsänderungen mitgeteilt, die ohne große Diskussionen im Beirat durchgezogen werden sollten. Nach dem Demokratieverständnis des großen Vorsitzenden Hauenschild und seiner Mitläufer darf es das in der IG Chemie nicht geben. Ferdi Patschkowski wurde geteufelt. Die Vorstandsmehrheit scherte sich auch einen Teufel darum, daß die Verwaltungsstelle Hannover-Münden wie ein Mann hinter ihrem Geschäftsführer stand, der Beschwerdeausschuß der IG Chemie, der nach der Satzung der IG Chemie in solchen Konflikten endgültig zu entscheiden hat, die Kündigung für unzulässig erklärt hat und auch der Betriebsrat der Kündigung widersprochen hat. Rechtsprinzipien, an die sich Unternehmer halten müssen, interessieren diese Spezialdemokraten in Hannover überhaupt nicht. Hier ist einer aufmüpfig geworden – und der muß zum Schweigen gebracht werden. Koste es, was es wolle.

Eine breite Welle der Solidarität mit Ferdinand Patschkowski läuft in der IG Chemie. Viele hauptamtliche Kollegen stehen hinter ihm, doch noch viel mehr kuscheln, weil sie Angst vor den Allmächtigen in Hannover haben. Was Solidarität heißt, das kann man in der IG Chemie jetzt nur noch dort lernen, wo sich Kolleginnen und Kollegen, vor allem aus den Betrieben, dem "demokratischen Zentralismus" und der menschenverachtenden Selbstherrlichkeit der Vorstandsmehrheit widersetzen.

Materialien ★ Kleinanzeigen ★ Termine

Rationalisierung/Neue Technologien
 Textas: Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft, Febr. 1979. Sonderausgabe: Bildschirmtext, im Büro wird aufgeführt.
 Auf 12 Seiten werden die medizinischen, sozialen und betriebspolitischen Folgen der Bildschirmarbeit dargestellt. Die Mitteilungen, die außerdem noch eine Betriebsvereinbarung zum Problem der Bildschirmarbeit enthalten, sind zu beziehen über: Betriebsgruppe Textaco, c/o H. Stagan, Fürstenerweg 78, 2220 Hamburg 54

Technischer Wandel und Arbeitsbedingungen.
 Gewerkschaftliche Vorschläge zu technischen Veränderungen und Möglichkeiten ihrer Durchsetzung am Beispiel aus dem VW-Werk Kassel-Banatal. Der Frage: "Wie die Forderung nach menschengerechter Arbeit (und Leben) durchgesetzt werden kann, geht die 38 Seiten starke Broschüre nach. Bezug: Erhard Tietel, Elbhausenstr. 6, 35 Kassel

Wechselwirkung. Zeitschrift für Technik, Naturwissenschaft und Gesellschaft. Schwerpunktthema der Januar Nr.: Soziale Auswirkungen neuer Technologien. Bezug gegen DM 3,- (Briefmarken/Scheck) bei: Reinhard Behnisch, Hauptstr. 31, 1 Berlin 62

Materialien
 • Aktionskreis Leben Nr. 10 berichtet über das Arbeitstreffen der Atomgegner in Braunschweig. Streik der iranischen Praktikanten bei KWU etc. 32 S. – Mit dieser Nummer wird auch verschickt: AKL-Extra 1, mit Beiträgen von Alexander Schöner "Brauchen wir Atomkraftwerke?" und Hartmut Euler "Strombedarfsprognosen" – Beides erhältlich gegen Voreinsendung von DM 3,- (Briefmarken/Scheck) über: Gustav Rentzsch, St. Gilles-Str. 21, 6050 Offenbach

Der Rundbrief des Arbeitsfeldes Bildungsarbeit erscheint in unregelmäßiger Folge mehrmals im Jahr und enthält Ankündigungen und Berichte von Tagungen sowie aktuelle und allgemeine Informationen aus der außerschulischen Bildungsarbeit. Wer DM 3,- an das Sozialistische Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4 einsetzt, bekommt den Rundbrief regelmäßig. Der neueste Rundbrief III/79 berichtet ausführlich über die Tagung des Arbeitsfeldes mit dem Thema: "Jugendarbeit zwischen Bedürfnissen und politischem Lernen".

Langway – eine Region soll sterben, Informationen und Hintergründe eines Konflikts. Fotokopiertes Paper, gegen DM 1,- in Briefmarken beim SZ, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1

Termine
 Jugend für den Sozialismus – Macht die Falke stark.
 Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken rufen auf an dem Arbeiterjugendtag (1. bis 4. Juni 1979) in West-Berlin teilzunehmen. U.a. Seminare, Foren, Diskussionen, Ausstellungen, Aktionen, Kulturfest mit Lindenberglern und Schmettern. Wer mitfahren will, wendet sich an die lokale Falkengruppe oder direkt an: SJD-Die Falken, Kaiserstr. 27, 5350 Bonn

Der nächste "express" erscheint am 16. Mai 1979, Probleemplatz für interessierte Kolleginnen und Kollegen bei: Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Kleinanzeigen
 Gesucht werden handwerklich qualifizierte Leute, die gleichzeitig Interesse an Jugendarbeit haben (z.B. Berufsschullehrer, aber auch ausgebildete Handwerker etc.) für eine Kooperative in Bremen mit folgenden Zielen: Anbieten von Kursen zur Jugendberufshilfe, Ausbildung von Lehrlingen, Herstellung von alternativen Produkten. Kontaktadresse: Ulf Tressen, Vierfeld 6, 2820 Bremen

Theatertournee: "Gearbeitet wird, was auf den Tisch kommt"

Theatertournee mit der Mobilen Rhein Main Theater GmbH zur Unterstützung des Arbeiter-Solidaritäts-Fonds.

Ja, nehmen die Linken überhaupt nichts mehr ernst, nun auch noch ein Lustspiel zur Arbeitslosigkeit?

Mit diesem Stück soll ein Stück traurige Wirklichkeit der BRD auf die Bühne geholt werden, um sich mit ihr auseinanderzusetzen. Aber nicht, indem der Alltag als bedrückende Angelegenheit dargestellt wird, in der es allen auf ihre Weise dreckig geht. Gezeigt werden sollen die großen und kleinen Alltagsprobleme, aber auch die Stärken; Stärken, die verschüttet sind und Ungeheimes in Bewegung setzen können, sind sie erst einmal entdeckt. So ernst kann die Lage auch gar nicht sein, als daß es nicht etwas zu lachen gäbe. Lachen macht frei, zum Beispiel den Kopf für's Denken.

Wer also mehr über das Stück erfahren das Mobile Rhein Main Theater sehen und sich mit seiner Arbeit auseinandersetzen will, wer mal wieder lachen und zudem den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds unterstützen will, hat in 17 Städten der BRD dazu Gelegenheit.

Vom 6.-30. Juni befindet sich die Mobile-Rhein-Main-Theater GmbH auf ihrer 1. Deutschlandtournee.

Veranstaltet wird das Ganze vom Sozialistischen Büro in Zusammenarbeit mit lokalen Kulturzentren, Stadtzeitungen, Jugendverbänden etc.

Wer uns durch Plakataushängen, Flugblattverleihen (in Betrieben, Schulen, Jugendzentren, Kneipen etc.), Kontakte zu Zeitungen etc. unterstützen will, um die Tournee bekanntzumachen, schreibe an: Sozialistisches Büro c/o Günter Pabst, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Mobile Rhein-Main-Theater GmbH

Terminplan:
 6.6. Hamburg • 7.6. Oldenburg • 12.6. Bielefeld • 13.6. Münster • 14.6. Osnabrück • 16.6. Göttingen • 17.6. Marburg • 20.6. Schwabisch Hall • 21.6. Stuttgart • 22.6. Tübingen • 23.6. Schorndorf • 26.6. Augsburg • 27.6. München • 28.6. Nürnberg • 29.6. Bamberg • 30.6. Würzburg

Wie geht's weiter?

Viele Kollegen resignieren, viele Funktionäre verrichten nur noch mit Routine ihre oft aufreibende Arbeit. Von oben nach unten wird appelliert, organisiert und interpretiert. Die Schwäche muß überwunden werden, wenn wir dem gewaltigen Druck des Kapitals standhalten und unsere Ziele nicht preisgeben wollen.



Gestern und Heute – Konsequente Forderungen – auch innergewerkschaftlich durchsetzen!

Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals auf die materielle Existenz der Arbeiter und Angestellten muß zuerst einmal in den Betrieben und Verwaltungen geleistet werden. Hier verläuft die Klassenfront, die von den Kolleginnen und Kollegen auch tagtäglich erfahren wird. Hier muß die organisierte gewerkschaftliche Arbeit verbessert werden, daß gegenüber den Entscheidungen des Kapitals wirksame Abwehr möglich ist. Dann ist es auch möglich, über die unmittelbare Abwehr hinaus realisierbare langfristige Strategien zu entwickeln.

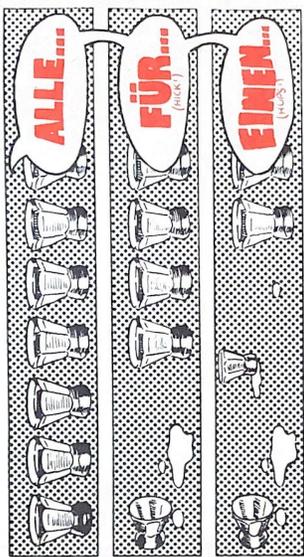
Gewerkschaftlicher Widerstand in den Betrieben und Verwaltungen läßt sich nur organisieren, wenn die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in ihrer Funktion gestärkt werden. Sie sind das Rückgrat der Organisation. Wer die Stellung der Vertrauensleute schwächt, der schwächt zugleich die gewerkschaftliche Kampfkraft, der schwächt die Organisation.

Es ist kein Zufall, daß der Einfluß der Vertrauensleute immer vor Betriebswahlen leidenschaftlich diskutiert wird, geht es doch bei diesen Wahlen oft mehr darum, daß bestimmte Leute wiedergewählt werden wollen, als darum, die jüngsten Gewerkschafter zu nominieren. Die berühmten zweiten Listen – in einigen Betrieben waren es noch mehr – haben doch in diesem Problem die eigentliche Ursache. Wir dürfen jetzt nicht erst wieder auf die nächsten Wahlen warten. Durch die Arbeit der Vertrauensleute muß jetzt schon sicherergestellt werden, daß sie in einem demokratischen Verfahren und ohne jede personelle Tricksereien die Kandidaten aufstellen. Ein Betriebsratsmitglied, das gute Arbeit geleistet hat, braucht ein solches Verfahren nicht zu scheuen. Wer durch Manipulationen Wiederwahlen sicherstellen will, hat offenbar Angst vor der Entscheidung der Kollegen. In einem schönen Gedicht von Bernitt Brecht heißt es:

Legt den Finger auf jeden Posten, frage, wie kommt er hier her. Genauso muß es bei der nächsten Wahl laufen.

Alle Erfahrungen, die wir in diesen Jahren der Krise gemacht haben, deuten darauf hin, daß wir vor einer Wende stehen. Nach dem Karlsruher Urteil dürften ja wohl die letzten Mißbestimmungssituationen vorliegen sein. Die Unternehmer und die mit ihnen verbündeten politischen Kräfte haben dieses Jahrhundertangebot der Mißbestimmung ausgeschlagen. Gut so. Reden wir nicht mehr davon, es ist vielen von uns sowieso schwer genug gefallen, in der Mißbestimmung einen Weg zur Selbstbestimmung zu sehen. Die Fronten sind wieder klar. Die Unternehmer haben uns mit ihrer klassenkämpferischen Ausprägungspraxis auch deutlich genug darauf aufmerksam gemacht, daß es Kooperation nicht gibt, wo sich Interessen so scharf gegenüberstehen wie bei der Frage der Rausensicherung und der Arbeitszeiterkürzung. Eine alte Wahrheit hat sich wieder mal bestätigt: Der Klassenkampf muß nicht erfinden werden, er ist ein existierendes Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit. Wie die Herausforderung durch das Kapital von uns aufgenommen wird und wie wir diesen Klassenkampf führen, davon hängt entscheidend unsere gegenwärtige und künftige Existenz ab.

SCHOLLI SCHOLZ



express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

bitte schickt mir kostenlos Probeexemplare des "express"

ich abonniere den "express" (Bezugspreis für 1979 DM 14,- + DM 6,- Versandkosten)

Vor- und Zuname _____

Strasse _____

Wohnort _____

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

"express" erscheint seit 17 Jahren

"express" bringt ständig kritische Beiträge zur Gewerkschaftspolitik

"express" erscheint monatlich zum Preis von DM 1,20

"express" jetzt kostenlose Probeexemplare bestellen.

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

IMPRESSUM: "express"-extra-Blatt ist eine aktuelle Beilage des monatlich erscheinenden "express" - Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit • Die Beilage wird bei Vorauszahlung (Scheck/Briefmarken) portofrei zugesandt. 100 Ex. DM 10,-; 1000 Ex. DM 50,-

• Herausgeber: Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/833593

• Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 391, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Verlagsgeschäftsführer: Klaus Vack • Presserechtlich verantwortlich: Rainer Schmitt; Kodakonsadresse: Adalbertstr. 18, 6000 Frankfurt-90, Telefon 0611/771020; Druck: Ibbo-druck, Einhausen.